

II-11240 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5341 B

1993 -09- 23

ANFRAGE

der Abgeordneten DDr. Niederwieser, Dr. Müller, Strobl, Mag. Guggenberger und Genossen
an den Bundesminister für Öffentliche Wirtschaft und Verkehr

betreffend Gebührenentfall bei Mietleitungen

Die Regierungsvorlage für eine Änderung der Anlage zum Fernmeldegebührengesetz (1195 d.B.) sieht u.a. einen Entfall der bisherigen Absätze 7 und 8 des § 34 vor (Ermäßigung für Bundesdienststellen und Presseinstitutionen). Die Erläuterungen begründen dies damit, daß aus kaufmännischer Sicht die Beibehaltung der Gebührenermäßigung für Presseinstitutionen und Dienststellen des Eigentümers Bund "nicht weiter vertretbar" ist.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten an den Herrn Bundesminister für Öffentliche Wirtschaft und Verkehr die folgende

Anfrage:

1. Welche Summe machte diese Gebührenermäßigung 1992
 - a) für die Dienststellen des Bundes insgesamt,
 - b) für die Einrichtungen der Bundesgesetzgebung und
 - c) für die im bisherigen Abs. 8 genannten Presseinstitutionen aus ?

2. Mit welchem Einnahmenezuwachs für die Post ist für 1994 zu rechnen, sollten diese Ermäßigungsbestimmungen außer Kraft gesetzt werden ?